

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Werdende Einheitsfront

Immer neue Maßregelungen

15 1/4 Millionen Arbeitslose in USA

Gewerkechaftliche Einheitsfront

Goldfunde in USSR

Egon Erwin Kisch: Die Hinrichtung

Das Blutbad von Eisleben

Grauenhafte Ausschreitungen der SA — Neue Mahnung zur sofortigen Bildung der proletarischen Einheitsfront!

Die blutigen Vorgänge, die sich am Sonntag in Eisleben zugezogen haben, übertreffen ihrem Umfang und ihrem ganzen Charakter nach bei weitem das, was man bei den jetzigen Zuständen schon fast gewohnt ist. Der amtliche Bericht läßt davon allerdings sehr wenig erkennen. Dieser amtliche Bericht ist so einseitig gehalten, daß selbst das „Berliner Tageblatt“ gezwungen ist, in scharfer Form gegen diese Art von Berichterstattung Stellung zu nehmen. Dieselben Regierungsstellen, die Zeitungen verbieten, wenn sie „offensichtlich unrichtige Nachrichten“ veröffentlichen, scheuen sich nicht, durch ihre amtlich abgestempelten Berichte

die Öffentlichkeit in einseitiger und mit der Wahrheit in Widerspruch stehender Weise falsch zu informieren.

Was ist nun tatsächlich in Eisleben vorgegangen?

Die Nationalsozialisten hatten aus der ganzen Umgebung ihre SA nach Eisleben zusammengezogen.

Diese uniformierten Nationalsozialisten waren durchweg mit scharfgeschliffenen Spaten, Stahlruten und Revolvern ausgerüstet.

Bereits am Vormittag terrorisierten sie die Stadt. Arbeiter, die das kommunistische Abzeichen oder das Abzeichen der Eisernen Front trugen, wurden verprügelt. Ein Anhänger der Eisernen Front, der geschlagen wurde, weil er die drei Pfeile trug, flüchtete in seine Wohnung. Die Nazis setzten ihm nach, drangen in seine Wohnung ein und zertrümmerten die gesamte Einrichtung.

Die eigentlichen schweren Zusammenstöße in Eisleben ereigneten sich, als der Zug der Nationalsozialisten an der kommunistischen Buchhandlung und Filiale der kommunistischen Zeitung „Klassenkampf“ vorbeiging. Der Führer des SA-Zuges, ein Herr v. Alvensleben, trat auf die Stufen des Hauses und verlangte, daß die Tür geschlossen werde. Ein Kommunist erklärte: „Wir machen in unserem Hause, was wir wollen.“ In diesem Augenblick fiel ein Schuß, und zwar nach den Angaben zahlreicher Passanten aus dem Nazizug. Die Behauptung, daß der Schuß aus dem Hause gefallen sei, also von Kommunisten abgegeben wurde, ist nachgewiesenermaßen un wahr.

Nunmehr stürmten die Nationalsozialisten die kommunistische Buchhandlung und dominierten sie vollkommen. Die wenigen Kommunisten, die anwesend waren, wurden mit Spaten jämmerlich zerschlagen.

Sie wurden in den dort vorbeifließenden Bach geworfen und immer wieder hineingeworfen, wenn sie sich retten wollten.

Zur gleichen Stunde fand in einer angrenzenden Turnhalle ein Lichtbildervortrag der Kommunisten vor Kindern statt. Die SA drang auch in diesen Raum ein, mißhandelte die anwesenden Erwachsenen und Kinder (!) mit Stahlruten und Spaten und zerstörte auch hier die gesamte Einrichtung vollkommen.

Die Zahl der Opfer dieser furchtbaren Ausschreitungen steht noch nicht endgültig fest. Nach dem amtlichen Bericht wurde ein Nationalsozialist, Paul Berg aus Halle, getötet, ein anderer schwer verletzt, während 4 Nationalsozialisten leichtere Verletzungen erlitten. Auf kommunistischer Seite ist bisher ein Todesopfer bekannt, während

24 Kommunisten verletzt, und zwar durchweg schwer verletzt

wurden. Allein 18 schwerverletzte Kommunisten liegen zur Zeit im städtischen Kranken-

haus in Eisleben. Dem kommunistischen Parteisekretär, Bernhard Koenen, wurde

mit einem Beil die rechte Hand abgeschlagen, einem anderen mit einem Beil der Schädel gespalten.

Man rechnet damit, daß verschiedene der verwundeten Kommunisten nicht mit dem Leben davonkommen werden.

Zwei Tage vorher wurde in Eisleben der Kaufmann Karl Hefft, der als Republikaner bekannt ist, nachts, als er allein über den Marktplatz ging, von etwa 30 Nationalsozialisten überfallen. Sie warfen ihn zu Boden und traten ihm

mit den Stiefelabsätzen ins Gesicht.

Der ganze Körper ist mit Verletzungen bedeckt. Die schlimmste ist die am linken Auge: Riß der Hornhaut. Hofft liegt zur Zeit in der Augenklinik; es steht noch nicht fest, ob ihm das Augenlicht erhalten werden kann.

Diese furchtbaren Einzelheiten über die Vorgänge in Eisleben ergeben sich aus den Augenzeugenberichten, die im „Vorwärts“, im „Berliner Tageblatt“ und in der „Berliner Volks-Zeitung“ veröffentlicht werden, also durchweg in Blättern, die bestimmt keine besonderen Sympathien für die KPD haben. Die grauenhaften Blutaten

kommen auf das Konto der nationalsozialistischen Führer und der ganzen nationalsozialistischen Hetzpresse,

aber auch die Regierung ist für diese Zustände verantwortlich.

Durch die unerhörte Hetze, die von den obersten Regierungsstellen gegen die „Marxisten“ planmäßig betrieben wird, hat in Eisleben und zahlreichen anderen Orten bereits ihre blutigen Früchte getragen. Hinzu kommen die Anweisungen an Polizei und Justiz, die zu schärfstem Vorgehen gegen die klassenbewußten Arbeiter und auf der anderen Seite zu größter Milde gegenüber den Mordbenden der SA veranlaßt werden.

Daß auf diese Weise die Nazis zu ihren furchtbaren Ausschreitungen ermutigt werden, kann wahrlich nicht wundern.

Das Blutbad von Eisleben ist ein neues Warnungssignal und eine dringende Mahnung für die Arbeiterklasse, ohne weiteres Zögern alles zu tun, um eine einheitliche Front aller Arbeiterorganisationen örtlich und zentral über das ganze Reich zustande zu bringen: heute zur Abwehr des nationalsozialistischen Terrors, morgen zum Sturze der Hitler-Regierung und zum Siege der proletarischen Revolution!

Bestialische Nazi-Mordtat in Berlin

Berlin, 13. Februar.

In der Nacht zum Sonntag wurde in Wilmsdorf der 51 Jahre alte Bauarbeiter Karl Arras, Mitglied der SPD, beim Aufsuchen seines Parteilokals, an der Ecke der Laubacher und Varziner Straße, hinterrücks durch einen Lungenschuß schwer verletzt.

Wie wir erfahren, trug sich der Vorfall wie folgt zu: Als Arras in der Sonntagnacht gegen 1 Uhr gerade im Begriff war, zusammen mit einem Freund sein Parteilokal zu betreten, krachte plötzlich eine Pistolensalve. Arras wurde von einer Kugel, die die Lunge direkt durchschlug, schwer getroffen, taumelte in das Lokal und brach dort bewußtlos zusammen. Sein Freund entging den Schüssen dadurch, daß er sich sofort auf den Boden warf. Als das Ueberfallkommando eintraf, war von den Mördern keine Spur zu entdecken. Auf der gegenüberliegenden Seite und dem Fahrdamm wurden von der Polizei 11 leereschossene Patronenhülsen verschiedener Kalibers gefunden.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß hier ein planmäßiger Ueberfall mehrerer SA-Banditen hinterrücks ausgeführt wurde.

Im Anschluß an diese Mordtat der Nazis durchsuchte die Polizei das in der Nähe gelegene nationalsozialistische Verkehrslokal Kopanke in der Hildegardstraße 25. Bei einem Nationalsozialisten fand man eine geladene D-Pistole und mehrere Magazine. Ein anderer hatte es plötzlich besonders eilig, obwohl die erste Untersuchung ergebnislos ausfiel. Da es aber auffiel, daß er ständig den Hut auf dem Kopfe hatte, wurde er an der Tür des Lokals nochmals festgehalten und — als man ihm den Hut vom Kopfe riß, fielen eine geladene Mauserpistole und drei gefüllte Magazine auf die Erde. Beide Nazis wurden unter dem Verdacht der aktiven Beteiligung an dem feigen Mordüberfall verhaftet.

Arbeiter als Freiwild der SA

Köln, 13. Februar.

Aus Köln wird eine weitere Mordtat der Nazis gemeldet. Als heute Morgen der 19jäh-

rige Sohn des Milchhändlers Stork in dem Kölner Vorort Kalk mit der gefüllten Milchkanne den Laden verlassen wollte, wurde er von grölhenden Nationalsozialisten, die wie die Wilden auf der Straße herumgeschossen, durch einen Leibschuß so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus starb. Der Erschossene war politisch nicht tätig, der Vater gilt als Zentrumswähler.

Münster, 13. Februar.

In der Nacht zum Sonntag wurde bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen der SPD ein sozialdemokratischer Arbeiter durch zwei Schüsse der Nazis schwer verletzt; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Der Täter ist flüchtig.

Wiederholtes Attentat auf sozialdemokratische Zeitung

Schwerin, 13. Februar.

Auf die Schweriner Geschäftsstelle des „Freien Wort“, der sozialdemokratischen Zeitung für West-Mecklenburg, wurde von nationalsozialistischer Seite bereits das siebente Attentat verübt; das Schaufenster der Geschäftsstelle wurde wieder eingeschlagen.

35 kommunistische Flugblattverteiler festgenommen

Die gefährliche Wahrheit

Berlin, 13. Februar.

CNB. Die Polizei nahm am Montag 35 Verteiler eines Extrablattes fest, das von der Reichstagsfraktion der KPD herausgegeben worden war und die Ueberschrift trug: „Blutiger Nazisturm auf KPD-Zeitung in Eisleben.“

Eine Versammlung des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes wurde „wegen Verächtlichmachung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung“ aufgelöst.

„Soziale Revolution oder Krieg“

Wie man die Hitler-Regierung in Polen sieht

(Brief aus Polen.)

Von Dr. Joseph Kuck.

Warschau, 11. Februar.

Mit fieberhafter Aufmerksamkeit verfolgt man in Polen den Gang der gegenwärtigen deutschen politischen Krise. Es ist hier für jeden klar, daß der gegenwärtige Regierungswechsel eine außergewöhnlich große Bedeutung nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa hat. In Polen versteht man die gegenwärtige deutsche Lage besser als in vielen anderen Ländern. Es wirken hier geographische, wirtschaftliche, politische und psychologische Faktoren mit. Die polnische öffentliche Meinung reagiert daher sehr scharf auf Hitlers Kanzlerschaft.

Die ganze Presse hebt den merkwürdigen Weg, auf dem Hitler zur Macht gelangt ist, hervor. „Schon seit drei Jahren ist Deutschland nur dem Namen nach ein republikanischer und demokratischer Staat“, schreibt der verbreitete „Kurjer Codzienny“. Der bürgerliche „Kurjer Warszawski“ schreibt über die Rolle Hindenburgs: „Dort, wo keine öffentliche Kontrolle existiert, entstehen automatisch Klippen, Kamarillen und „unterirdische“, ganz unverantwortliche Einflüsse. Deutschland bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme.“ Das Regierungsorgan „Gazeta Polska“ zieht in einem Artikel, betitelt „Die Kamarilla“, verschiedene historische Parallelen und meint: „Der Kammerherr Oldenburg-Januschau hat noch von den Kaiserzeiten her eine Erfahrung in den Intrigen.“

Der Herrenklub und Geheimrat Hugenberg hatten kein Vertrauen mehr zu General Schleicher, der ihnen zu selbständig schien. „Bei General Schleicher“ — schreibt die faschistisch-nationalistische „Gazeta Warszawska“ — wirkt ohne Zweifel seine Vergangenheit und seine nahe Berührung mit den Wellen der November-Revolution, die er zusammen mit dem „demokratischen“ General Groener auf eine möglichst friedliche Weise unschädlich gemacht hat, dabei hat er aber auch gelernt, mit den sozialen und revolutionären Kräften zwischen den Massen zu rechnen. Die extrem-rechten Elemente streben aber jetzt um jeden Preis dem endgültigen Entscheidungskampf zu.“

Warum hat aber Hindenburg, der noch vor einigen Wochen auf Hitlers Kanzlerschaft nicht eingehen wollte, jetzt seine Meinung gewechselt? Und warum hat auch der einflußreiche Hugenberg jetzt seine Zustimmung dazu gegeben? Und was bezweckt die Hitler-Regierung?

Alle verstehen, daß hier mächtige soziale Klassenmomente in Betracht kommen, und daß es sich jetzt nicht um einen einfachen, normalen Regierungswechsel handelt.

Der „Kurjer Poranny“, der in dem Regierungslager steht, der aber von dem demokratisch gestimmten bekannten Schriftsteller W. Stypczyński redigiert wird, schreibt: „Die nahen Beziehungen von Hugenberg mit dem Landbund, d. h. dem durch von Papen repräsentierten Lager des Großgrundbesitzes zeigt, daß Hitler, der jetzt die Kanzlerschaft übernommen hat, nur zu einer einfachen Waffe in den Händen der Schichten wird, die die tatsächliche Operationsbasis der deutschen Reaktion bilden.“ Das Großkapitel und die ostelbischen Junker bilden also den sozialen Inhalt der Hitler-Regierung.

Eine außergewöhnlich interessante Analyse gibt einer der bedeutendsten politischen Journalisten Polens, K. Srokowski, in dem — der Regierung sehr nahe stehenden — Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“. Viele Sozialdemokraten und Arbeiter könnten jetzt von diesen bürgerlichen Politikern lernen, marxistisch zu denken. Srokowski schreibt:

„Die deutsche November-Revolution hat das soziale Problem nicht gelöst, die Frage, wer die Kosten des verlorenen Krieges tragen soll — das Kapital oder die Arbeiter und

Werdende Einheitsfront

Aufmarsch im Bezirk Pirna—Heidenau

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Heidenau (Sa.), 13. Februar.

Trotz starker Sabotage der Parteibürokraten zeitigt die politische Entwicklung einen immer mächtigeren Drang nach der handelnden Einheitsfront der Arbeiterklasse.

Die KPD trat zum ersten Mal von sich aus an den Sozialistischen Schulbund Heidenau mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Demonstration gegen die faschistische Diktatur heran. Selbstverständlich erklärte sich der Schulbund zur gemeinsamen Demonstration sofort bereit, während die Leitung des Reichsbanners — an welche gleichfalls die Aufforderung der KPD gegangen war — dies ablehnte.

Die Dresdener Genossen unterstützten den Aufmarsch durch zahlreiche Beilegung und durch die in kurzer Zeit freilich eingespielte Schulbandkapelle. 5 Stunden dauerte der Werbemarsch. Es ging von Heidenau geschlossen nach Pirna. Dort verzogen sich die Züge der Pirnaer KPD und SAP mit dem anmarschierenden Schulbund und der Antifa Heidenau zu einem etwa 1000 Personen umfassenden Zug.

Auf dem Marktplatz sprach nach diszipliniertem Aufmarsch der Wehrformationen der Genosse Fröhlich (KPD) und unser Genosse Tittel. Unser Genosse verstand es, in anfeindlicher Weise die Massen zu packen. Stärkste Zustimmung fand sein Bekenntnis, daß der Schulbund und die SAP in der Kampffront der Arbeiterklasse standen und zu allen revolutionären Konsequenzen bereit seien.

Der Genosse Rentsch (KPD) verwickelte etwas den Eindruck der beiden Vordränger durch seine zum Teil persönlich gehaltenen Angriffe gegen Reichsbanner und SPD. Nach Schluß der Kundgebung wurde die Demonstration auf nahezu 2000 Teilnehmer, die von dem Einheitsfrontbekenntnis mitgerissen wurden, und durch die Straßen Pirnas halbierte der wichtige Marschritt der roten Arbeiterbataillone. Dem Faschismus eine Warnung, den noch abseits stehenden Proletariat ein Signal, die Reihen zu schließen.

Der gemeinsame Aufmarsch — der nicht zuletzt dem bisherigen Wirken der SAP zu danken ist — hatte eine gute Massenpsychologische Wirkung und wird dazu beitragen, im Heidenau-Pirnaer Industriebezirk diesen Ansatz zur Bildung der Einheitsfront zu verbreitern, um damit die wichtigste Voraussetzung für den erfolgreichen Endkampf der Arbeiterklasse zu schaffen.

Die Führer sabotieren weiter

(Eigener Bericht der SAZ)

Zwickau, 13. Februar.

Überall entfallen sich spontan Einheitskundgebungen der Arbeiterschaft. Dies geschieht fast immer gegen den Willen der Parteibürokratie. Ein solcher spontaner Ausbruch war auch der gewaltige Aufmarsch der Zwickauer Arbeiter am 5. Februar 1933. Wie wir schon berichteten, war die KPD dabei überraschend stark aufmarschiert. Nun wird uns mitgeteilt, daß die KPD-Bürokratie ein furchtliches Strafgericht über ihre Funktionäre losgelassen hat. Der sich immer mehr zum „Agent provokateur“ entwickelnde Zschodier übernahm die Rolle des zürnenden Parteigottes. Der Parteisekretär Hoop sekundierte ihm dabei. Damit die Sache vollkommen wird, d. h. damit ausgelöscht wird in der kommunistischen Arbeiterschaft der tiefe Eindruck, der entstanden ist durch den gemeinsamen Aufmarsch, hat die KPD-Leitung eine öffentliche Versammlung einberufen mit dem Thema: „SPD oder KPD? Anstatt die Frage zu stellen: „Faschismus oder Arbeiterregierung?“, will die KPD-Führung aufs neue den Zwiespalt hervorzerren.

Nicht viel besser benimmt sich die Führung der SPD. Der bekannte günstige Wind hat ein Schreiben des Parteisekretärs Packerl auf unseren Schreibtisch geweht. In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Achtung! Eiliges Flugblatt! Werte Genossen! Wir übersenden in der Anlage ein Flugblatt, das sofort nach Eingang zur Verteilung kommen muß. Die Kommunisten versuchen, in den Reihen der Arbeiterschaft

daß sie erst danach alle verfügbaren Mittel anwenden wird. Aber „in Deutschland ist eine Konter-Revolution durchgeführt“, — wie der Leitartikel einer bürgerlichen Zeitung heißt.

Zum Schluß soll hier eine charakteristische Bemerkung hinzugegeben werden: Von allen Seiten, von Journalisten, Politikern, Schriftstellern, Industrie- und Gewerkschaftskreisen, stellt man mir die letzten Tage dieselbe Frage:

Wird jetzt die SAP in ihren Bestrebungen, die Einheitsfront zu bilden, Erfolg haben? Oder wird auch jetzt, in der Stunde der tödlichen Gefahr, die allen Arbeitern und Arbeiterorganisationen droht, — die Arbeiterklasse so ohnmächtig und hilflos bleiben, wie die beiden großen und alten Arbeiterparteien sind, falls sie jede separat gehen werden — oder wird man verstehen, daß in der Einheitsfront die einzige Rettung liegt.

Ich möchte diese Schicksalsfrage direkt den deutschen Proleten übermitteln — im Namen aller, die die Tragödie des deutschen Proletariats sehen und seinen Triumph über alle faschistischen, kriegerischen und konterrevolutionären Kräfte wünschen.

Verwirrung anzurichten, um so ihre niedrigen Parteigeschäfte machen zu können. Den Kopf nicht verlieren ist jetzt die Hauptsache. Der Bezirksvorstand, gez. Packerl.“

Nach der Methode: „Haltet den Dieb“, versucht die SPD, ihre wahre Absicht, „niedrige Parteigeschäfte“ zu machen, zu verschleiern. Wir aber werden, im Sinne des Aufrufes unseres Parteivorstandes, den Bürokraten aller Richtungen die Maske vom Gesicht reißen. Durch den proletarischen Volksentscheid werden wir den Beweis erbringen, daß in der Arbeiterschaft der Wille zur Einheitsfront vorhanden ist.

Massen-Demonstration der Kösliner Arbeiterschaft

Köslin, 13. Februar.

Während acht Tage früher 400 SA- und SS-Knechte sich von der Polizei wie Gezeichnete durch die Straßen führen ließen, demonstrierte am letzten Sonntag die Kösliner Arbeiterschaft. Nahezu 2000 Sozialdemokraten, Kommunisten, SAP-Genossen und Gewerkschaftler zeigten ihren Willen zur Kampfeinheit. Genosse Kümmer, Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB, sagte im Namen der auf dem Marktplatz versammelten Hitler und seinen neuen Bundesgenossen Papen, dem päpstlichen Kammerherrn, und Hugenberg scharfsten Kampf an. Wenn er dabei auch an die Stimmzettelaktion am 5. März erinnerte, so fand er dabei nicht den ungeteilten Beifall, wohl aber in dem Bekenntnis zur gemeinsamen Kampffront.

Bei der anschließenden Demonstration fehlte es anscheinend einigen allzuzeitigen Polizeibeamten an der gewöhnlichen Arbeit. So holte man bekannte kommunistische Genossen aus dem Zuge heraus und löste den letzten Teil des Zuges kurz vor dem Ende auf, weil „Rot-Front-Rufe“ aus-

Immer neue Maßregelungen

Duisburg, 13. Februar.

CNB, Polizeipräsident Dr. Meyer vom Polizeipräsidium Duisburg ist beurlaubt worden. Dr. Meyer gehört der SPD an.

Aachen, 13. Februar.

CNB, Wie wir erfahren, ist Regierungspräsident Stieler in Aachen von der kommissarischen preussischen Regierung vorläufig beurlaubt worden. Stieler gehört dem Zentrum an.

Harburg-Wilhelmsburg, 13. Februar.

CNB, Wie wir erfahren, ist von heute ab der Polizeipräsident Dr. Danghl in Harburg-Wilhelmsburg beurlaubt worden.

Kassel, 13. Februar.

CNB, Wie wir erfahren, ist der Kommandeur der Kasseler Schutzpolizei Oberstleutnant Agath beurlaubt worden.

Waldenburg, Schles., 13. Februar.

CNB, Polizeipräsident Wende ist von heute ab, Polizeioberstleutnant Meyer mit Wirkung vom 12. d. Mts. beurlaubt.

Oppeln, 12. Februar.

CNB, Der Kommandeur der Schutzpolizei des Polizeipräsidioms Oppeln, Oberstleutnant Linberger ist bis auf weiteres beurlaubt worden.

Berlin, 14. Februar.

Der langjährige Pressereferent im Reichsministerium des Innern, Regierungsrat Brommann, ist aus dem Ministerium ausgeschieden; sein Platz wird vorläufig von dem persönlichen Referenten des Herrn Dr. Frick, dem nationalsozialistischen Journalisten Dr. Metzner, eingenommen. Dr. Brommann gehört dem Zentrum an.

Koblenz, 13. Februar.

CNB, Der Präsident des Koblenzer Polizeipräsidioms Dr. Biesten ist sofort bis auf weiteres beurlaubt worden. Dr. Biesten steht der Zentrumspartei nahe.

Bochum, 13. Februar.

CNB, Polizeioberst Harlinghausen ist bis auf weiteres beurlaubt worden.

Hugenberg: „Ich hab's nicht gewollt“

Derzeitiger Minister Hugenberg hat neben Hitler, Papen und Selde am Sonnabend auch rundfunkgeredet. Er machte dabei folgendes interessante Geständnis:

„Ich sage es offen, ich muß es sagen — ich wollte keine Neuwahlen.“

„Aber“, so sagte Hugenberg weiter, „er durfte den Zusammenschluß der nationalen Sammlung nicht an dem einen Punkte scheitern lassen, über den es mit den Nationalsozialisten eine Verständigung nicht gegeben hätte, an der Frage, ob noch einmal gewählt werden sollte.“

Das wird Hugenberg aufs Wort geglaubt. Er hat allen Grund, vor Neuwahlen Angst zu haben.

gestoßen wurden! Das ist nach den Bekundungen der Beamten verboten. SA-Knechte suchten natürlich zu provozieren, so führen sie auf Redern, angehindert von der Polizei, an dem Zuge entlang.

Erfolgreiche SAP-Versammlung

Dresden, 13. Februar.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Dresden-West veranstaltete am Montag Abend eine öffentliche Versammlung, die so überfüllt war, daß mindestens 100 Personen mit einem Stehplatz vorlieb nehmen mußten. In großer Zahl waren kommunalistische und sozialdemokratische Arbeiter unserem Rufe gefolgt. Unser Redner, Genosse Walter Fabian, schäuferte unter stärkester Aufmerksamkeit der Versammlung die gegenwärtige Situation und die Aufgaben, die der Arbeiterklasse erwachsen. Seine Forderung, die Einheitsfront der ganzen Arbeiterklasse unter revolutionärer Führung zum Sturz des kapitalistischen Systems zu schaffen, wurde durch stürmischen Beifall aller Anwesenden unterstützt. Die Versammlung war für unsere Partei wie für den Gedankens der proletarischen Einheitsfront ein starker Erfolg.

Gewerkschaftler für Einheitsfront

Berlin, 13. Februar.

In der Versammlung des Berliner Korrektoren-Vereins wurden die Koll. Paul Kothe (SPD), Paul Wetschorek (KPD) und Albert Zörnisch (KPD) beauftragt, Schritte zur Einheitsfront bei SPD, KPD, ADGB usw. einzuleiten. Ein Vortrag in diesem Sinne von Fritz Kummer, Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung, war voraufgegangen.

Gegen die Verschiebung des Parteitages

Die Parteivorstands-Minderheit ersucht uns um die Feststellung, daß der Beschluß auf Vertagung des Parteitages mit 6 gegen 4 Stimmen gefaßt worden ist und daß die PV-Minderheit dazu folgende Erklärung abgegeben hat:

„Nachdem die derzeitige PV-Mehrheit ungeachtet aller Einwendungen beschlossen hat, den am 18./19. künftigen Parteitag bis zum April zu vertagen, und nachdem sie es sogar abgelehnt hat, vor der Beschlußfassung die Bezirksleitungen zu befragen, sehen wir uns genötigt zu erklären:

„Der Beschluß der PV-Mehrheit bedeutet die Verlängerung eines unhaltbar gewordenen Zustandes, er bedeutet, daß die SAP in einer für die ganze Arbeiterschaft entscheidenden Situation in ihrer politischen und organisatorischen Wirksamkeit gelähmt bleibt. Der Beschluß der PV-Mehrheit schließt außerdem die Gefahr in sich, daß der Parteitag in absehbarer Zeit in der vorgesehenen Form und in der nunmehr gewählten Zusammensetzung überhaupt nicht stattfinden kann.“

Die Unterzeichneten stehen auf dem Standpunkt, daß gerade im Hinblick auf die außerordentlich gespannte innerpolitische Situation und die aus ihr resultierenden Gefahren und Aufgaben unserer innerparteilichen Auseinandersetzungen auf dem schnellsten Wege zum Abschluß gebracht werden müssen.

Wir sind fest überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit der Parteimitgliedschaft wie auch die Bezirksleitungen, die Absicht der Mehrheit mißbilligen und in Uebereinstimmung mit uns, die Abhaltung des Parteitages am 18. und 19. Februar fordern.

Angesichts der Tatsache, daß infolge der knappen Zeit der schwere Schaden, der der Partei aus dem Beschlusse der Mehrheit entstehen muß, nur noch abgewehrt werden kann, wenn die Bezirksleitungen umgehend dagegen Stellung nehmen, behalten wir uns vor, in der uns geeignet erscheinenden Form an die verantwortlichen Genossen in den Bezirken zu appellieren.

Welcher, Fröhlich, Edith Baumann, Zweiling, Thomas, H. Müller.

Wie uns die PV-Minderheit weiter mitteilt, haben bis jetzt nachfolgende Bezirksleitungen gegen die Vertagung des Parteitages protestiert, die Abhaltung des Parteitages zum festgesetzten Termin gefordert und für den Eventualfall auf Grund des § 27 Abs. 127 des Statuts die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages beantragt:

1. Mittelrhein (Vorort Köln)
2. Ostachsen (Vorort Dresden)
3. Westsachsen (Vorort Leipzig)
4. Halle-Merseburg
5. Erzgebirge (Vorort Chemnitz)
6. Magdeburg-Anhalt
7. Braunschweig
8. Nord-Welt (Vorort Bremen)
9. Thüringen (Vorort Arnstadt)
10. Pommern (Vorort Stettin)
11. Hessen-Frankfurt
12. Westfalen-Nord (Vorort Hamm)
13. Berlin-Brandenburg (Vorort Berlin)
14. Ostpreußen.

Außerdem haben sich noch eine Reihe von Ortsgruppen wie Halle, Stettin, Hamm, Bocholt, Arnstadt, Saalfeld u. a. im gleichen Sinne an den PV gewandt. Auch die Reichsleitung des Schutzbundes hat sich gegen die Vertagung des Parteitages erklärt.

Volksmassen — nicht beantwortet. Die Sozialdemokraten haben während der Jahre ihrer Herrschaft keine Antwort auf diese grundsätzliche Frage gegeben. Jetzt ist die höchste Zeit gekommen, diese Frage zu beantworten — nicht seitens des gegenwärtigen Lagers, seitens des wichtigsten Elements der kapitalistischen Ordnung — der deutschen Großindustrie. ... Für die Großindustrie, die in Hitlers Unternehmen viele Millionen und Millionen investiert hat, hat jetzt die letzte Stunde geschlagen, diese Investitionen auszunutzen und die ganze Hitler-Bewegung für sich auszunutzen, noch bevor er seine Entwicklungskräfte verlieren wird. Damit erklärt sich der Erfolg der Hugenbergischen Intrigen.“

Wir haben hier eine reine Klassenanalyse des deutschen politischen Lebens. Aber es ist weit, auch zu hören, was dieser bürgerliche Politiker über die SPD schreibt: „Deutschland hat seine November-Revolution von 1918 nicht zu Ende geführt. Sie hat sich auf dem Halbwege der parlamentarischen Demokratie abgestellt, die nicht lang dauern kann während des Überganges von einer politischen Form in die andere, wie sich das die Kommunisten und gleichzeitig die Liquidatoren der November-Revolution, d. h. die Sozialdemokraten, vorgestellt hatten. Die politischen Reserven der deutschen Weimar-republikanischen Demokratie haben sich viel früher ausgeschöpft, als sich die Sozialdemokraten vorgestellt haben.“

Diese Stimme ist nicht vereinzelt. Der Chefredakteur des bürgerlich-demokratischen „Nasz Przeglad“, N. Szwalbe, schreibt: „Deutschland kann keine radikalen Mittel finden, seine Wirtschaft gesund zu machen. Der Hitlerismus, der jetzt zur Macht gelangt ist, ist die letzte Probe, die Großindustrie und das Bankwesen vor der Katastrophe zu retten. Das ist ein Anzeichen des Kampfes auf Leben und Tod zwischen dem Faschismus und der Arbeiterschaft.“

Wir sehen also, daß auch die bürgerlichen Politiker verstehen, daß mächtige Klassenaktoren die gegenwärtige deutsche Politik bestimmen. Sie entsprechen den Klassenverhältnissen, die bei den Marxisten immer im Vordergrund stehen.

Welchen Ausweg sieht die polnische Öffentlichkeit, welche Zukunft prophezeit sie der Hitler-Regierung?

Der oben zitierte K. Srokowski (in dem Krakauer „Kurier Codzienny“) formuliert dies außergewöhnlich klar, scharf und unzweideutig: „Die Bestimmung von Hitler, wenn auch zusammen mit Herrn v. Papen und bei der Einhaltung aller Scheinzeichen der Legalität und des Konstitutionalismus zeigt, daß die Entwicklung der deutschen Verhältnisse dem Entscheidungspunkte sich nähert: Entweder die soziale Revolution und der Bürgerkrieg als Resultat des Zusammenstoßes zwischen dem Kapital, das mit allen Mitteln der Staatsmaschine disponiert, und der organisierten Linken, — oder eine Probe des kriegerischen Kampfes nach außen — als einziges Ventil, das wegen des Ueberschusses von überhitztem Dampf noch im deutschen Kessel zu öffnen ist.“

Also keine rosigen Perspektiven weder für deutsche Arbeiter noch für Europa.

Es soll hier noch kurz über die Stellung des sozialistischen Lagers in Polen berichtet werden.

„Robotnik“, das Zentralorgan der ultra-reformistischen „Polnischen Sozialistischen Partei“, das am nächsten zu SPD steht, schreibt: „Die Hitler-Regierung braucht Hindenburg nicht mehr zu fürchten, besonders, weil sie auf die feste Unterstützung der gesamten deutschen Reaktion rechnen kann. So eine Regierung hat Deutschland noch nie gehabt; so eine Machtstellung hat die dreisteste Phantasie der deutschen Reaktion sich nicht zu träumen gewagt. Das ist keine rein faschistische Regierung, aber das ist eine 100prozentige reaktionäre, antirepublikanische, monarchistische Revanche-Regierung. Der Entscheidungskampf schreitet mit großen Schritten heran. Falls die deutsche Arbeiterklasse vereinigt wäre, falls sie nicht durch die Kommunisten zersplittert sein würde, würde der Ausgang des Kampfes keinen Zweifel zulassen. Es ist aber möglich, daß vor dem Antlitz des Feindes, der gleich gefährlich für die ganze Arbeiterklasse ist, die Kommunisten in ihrem eigenen Interesse ihre Taktik ändern und eine Einheitsfront der Arbeiterklasse bilden werden.“

Es wird hier also das bekannte reformistische einseitige Lied gesungen: die Schuld tragen nur die Kommunisten. Aber die oben gebrachten Zitate beweisen, daß die Schuld für die gegenwärtige tragische Lage vor allem bei der SPD liegt. Richtig bemerkt daher die „Volkszeitung“ (das Organ des unabhängigen „Bundes“, der der II. Internationale angehört): „Auch wir hoffen, daß die Offensive der Feinde die kommunistischen Führer zur Besinnung bringen wird. Aber auch das wird den Sieg der Arbeiterklasse nicht sichern, falls dieselbe Offensive nicht auch die hartnäckigen Reformisten zum neuen Bewußtsein bringen wird, über die der „Robotnik“ schweigt.“

Die ganze öffentliche Meinung ist überzeugt, daß Hitler durch keine parlamentarischen Mittel geschlagen werden kann. Das Organ der nationaldemokratischen Partei, „Gazeta Warszawska“, das die größte Sympathie für den internationalen und polnischen Faschismus hat, schreibt: „Das ist eine Kampfreue, die sicher entschlossen ist, von der legalen Plattform abzutreten, falls es für sie notwendig finden wird. Ihre Ausführgorgane werden — die Reichswehr, der Stahlhelm und Hitlers SA bilden.“ Ueber diesen Punkt existiert in Warschau eine absolute Einstimmigkeit. Das größte Staunen erweckte daher die Erklärung der SPD, daß sie gänzlich auf dem legalen Boden stehe, und daß erst, falls die Regierung den Boden der Verfassung verlassen wird, —

Stadtrat Sablowski

Die Scharfmacher fühlen sich Gleichzeitig eine Anfrage an den Oberbürgermeister

In einer am 1. Februar stattgefundenen Versammlung der Ehrenbeamten des Magistrats Breslau, eingeladen durch den unter dem Namen „Budehosen-Sablowski“ wohlbekannten Stadtrat, glaubte dieser durch längere Ausführungen seine reaktionären Ansichten zum Besten geben zu müssen und von allem möglichen zu sprechen, nur nicht darüber: Wie helfen wir der Jugend? Ein Gefasel von Familie, Treue, Kultur und Wirtschaft, die Moral des christlichen Glaubens, Militarismus usw. war seine ganze Weisheit. Obgleich diese Ausführungen nicht in den Rahmen des Abends paßten, schwieg man und hörte diese Tiraden mit an, weil man wußte, was Geistes Kind Stadtrat Sablowski

pflicht, ob reich, ob arm oder Adel, sie alle gezwungen werden, die Wehrpflicht durchzumachen. Nur so ist es möglich, daß die Jugend wieder ihre Jugenderziehung erhält, die heute vollkommen daniederliegt.“

Das heißt: der Mensch soll Arbeitssoldat werden, der sich willenlos skrupellosen Demagogen zu unterwerfen hat, wie es ja jeder aus seiner Militär- und Kriegszeit am besten selbst beurteilen kann. Wo die Adligen und Reichen während des Krieges saßen, braucht man nicht besonders hervorzuheben. Das Wort „Etappenschweine“ ist nicht umsonst geprägt worden. Ganz zu schweigen von den „Offiziers- und Mannschaftsküchen“, zu schweigen von der „viehischen Behandlung“. Daß unsere Jugend in Zukunft zu solchem Werkzeug nicht mißbraucht werden kann und darf, rufe ich allen freitheitlich gesinnten Jugendpflägern zu: Erhebt ganz entschieden Protest gegen solche reaktionäre Feldweibelmanieren eines Stadtrats, genannt „Budehosen-Sablowski“. Alles, was Menschenanstand trägt, darf nur einen Gedanken haben: Nie dürfen wir es zugeben, daß unsere Jugend und die Menschheit als Kanonenfutter für den Imperialismus gebraucht wird.

Ich frage hiermit den Herrn Oberbürgermeister Dr. Wagner, was er auf meine Beschwerde vom 2. Februar gegen den Herrn Stadtrat Sablowski unternommen hat? Ich frage hiermit weiter, ob es noch länger möglich ist, daß die Jugend einem solchen Menschen anvertraut werden kann? Ich frage weiterhin, ob der Herr Stadtrat Sablowski vom Magistrat beauftragt war, in solcher frechen Art und Weise uns Jugendpflägern zuzurufen:

„Meine Damen und Herren! Wem meine Ausführungen nicht passen, kann das Lokal verlassen. Ich übe in diesem Hause das Hausrecht aus.“

Weiterhin frage ich an, ob Herr Stadtrat Sablowski das Recht hat, eine besondere Parteipolitik in der Jugendpflege zu betreiben? Ich nehme vielmehr an, daß die Jugendpflege zum Wohle der Menschheit, ohne besondere Parteipolitik hervorkehren zu müssen, verrichtet werden muß.

In Zukunft, Gesinnungsfreunde, muß eine größere Aktivität in unserem Sinne vorbereitet und nicht alles so leicht und gleichgültig hingeworfen werden. Denn dadurch ist es nur möglich, daß solche reaktionäre Einstellung Platz greifen kann.

C. Kuhnert, Linnestr. 15.

Mitglieder-Versammlung der SAP, Ortsgruppe Breslau

Mittwoch, den 15. Februar, 20 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstr. Tagesordnung:

1. „Unsere Aufgaben im Kommunalwahlkampf“, Ref.: Gen. Fritz Pietsch.
2. Kandidatenaufstellung für die Stadtverordnetenwahlen in Breslau.
3. Verschiedenes.

Engerer Vorstand: Mittwoch, den 15., 18 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße.

Erweiterter Vorstand: Mittwoch, den 15., 19 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße.

ist. Den Widerspruch dagegen mußte er bei allen freitheitlich gesinnten Menschen hervorufen, als er sagte:

„Meine Damen und Herren! Der heutigen Jugend fehlt nur noch eins, und zwar die Vorkriegszeit, in denen jeder, vom Armen bis zum Reichen, Schulter an Schulter zusammenstand, um in der allgemeinen Wehrpflicht nur einen Gedanken zu haben: für das Vaterland zu leben. Dieser Gedanke, meine Damen und Herren, fehlt heute unserer Jugend. Aber, meine Damen und Herren, lange wird es nicht mehr dauern, dann haben wir es erreicht, daß jeder Deutsche wieder gezwungen wird, unter das Gesetz der allgemeinen Wehr-

Ertüchtigung der Grenzbevölkerung

Eine Winterübung der Reichswehr im Grenzgebiet

In bürgerlichen Zeitungen finden wir eine Notiz über Reichswehrübungen im schlesischen Grenzgebiet: „Unter Leitung des Kommandanten der Festung Breslau, Oberst von Rabensau, finden in der Zeit vom 15. bis 17. Februar in der Gegend Oels-Bernstadt-Namslau-Groß-Wartenberg militärische Uebungen statt, an denen sich das dritte Bataillon des Infanterie-Regiments 7, Breslau-Carlowitz, mit Ausnahme der 11. Kompanie, die der Wachtruppe in Berlin gegenwärtig angehört, die 2. Eskadron des Reiter-Regiments 8, Oels, und die 4. Eskadron des Reiter-Regiments 8, Namslau, sowie ein Teil der 6. Eskadron des Reiter-Regiments 7, Breslau-Carlowitz, beteiligen. Die Leitung bezieht während der ganzen Uebungen Quartier auf Gut Ober-Stradam.“

Der Zweck der Uebung ist, vornehmlich die Grenzbevölkerung mit geschlossenen Verbänden der Reichswehr in Verbindung zu bringen. (!!!)

Der Anmarsch setzt bei der Oelser Reiterei und bei der Fahrzeugstaffel des 3. Infanterie-Bataillons aus Breslau bereits am Dienstag ein. Mittwoch und Donnerstag, als die beiden ersten Gefechtstage, bringen eine zusammenhängende Lage, während für Freitag eine besondere Lage angenommen wird. Für die Zuschauer empfiehlt es sich, am Mittwoch um 9,30 Uhr auf der Landstraße Pangau-Nauke, etwa 7 Kilometer nordostwärts Bernstadt, Aufstellung zu nehmen. Am Donnerstag dürften die Zuschauer um 10 Uhr in der Gegend von Kundendorf am ehesten auf ihre Rechnung kommen. Nach Schluß der Uebungen ziehen übrigens sämtliche Truppenteile mit Militärmusik (!) in Groß-Wartenberg ein. Am Freitag, dem 17., haben die Zuschauer günstige Gelegenheit, den Endkampf der Gesamtübung um 9 Uhr bei Gut Neuhoft am Westende von Groß-Wartenberg zu beobachten.

Seitens der Manöverleitung ist dafür gesorgt, daß dem Publikum auch die nötigen Erklärungen über den Stand der Uebungen erteilt werden (!!!).“

Wir müssen diese Nachricht kommentarlos bringen, da die Reichsregierung ja der Presse bekanntlich „Not“ verordnet hat. Nur eins: Es ist alles da — voran die Militärmusik —,

was auf das deutsche Mädchen und das „deutsche“ Jungmannenherz Eindruck machen kann.

Immer noch Schulschließungen wegen Grippe

Kreuzburg OS., 13. Februar.

An der hiesigen katholischen Volksschule, wo bereits vor einigen Tagen zwei Klassen wegen Grippe geschlossen werden mußten, haben die Grippeerkrankungen so stark zugenommen, daß die Schule auf zehn Tage völlig geschlossen werden mußte.



Hochwasser auf der Oder

Eine überschwemmte Schleuse bei Oppeln. Die warme Witterung und die dadurch hervorgerufene plötzliche Schneeschmelze hatten für alle deutschen Flußgebiete Hochwassergefahr gebracht. Besonders in der Gegend von Oppeln war die Oder, verstärkt durch die Regenfälle der letzten Tage, über ihre Ufer getreten und hatte beträchtlichen Schaden angerichtet.

Das Auto auf der Verkehrsinsel

Drei Personen schwer verletzt

Am Sonntagnachmittag stießen auf dem Tauentzienplatz zwei Kraftdroschken zusammen.

Der Führer einer Kraftdroschke, die aus der Richtung Süd kommend, die Höhe des Denkmals am Tauentzienplatz erreicht hatte, bemerkte plötzlich eine in sehr schnellem Tempo aus der Taschenstraße ankommende Droschke. Obwohl er sofort stark bremste, war der Zusammenstoß unvermeidlich.

Der Führer der von rechts kommenden Kraftdroschke versuchte auszuweichen und geriet dabei auf eine Straßenecke, auf der sich eine Anzahl von Passanten befanden.

Vier Fußgänger wurden zu Boden gerissen, drei schwer verletzt.

Einer von ihnen blieb besinnungslos liegen. Ein anderer erlitt schwere Verletzungen am Bein. Eine Frau

trug einen Bruch der Schädelbasis davon.

Radfahrer vom Lastauto überfahren

Auf der Chaussee zwischen Parchwitz und Liegnitz hatten sich zwei Radfahrer an einen Lastzug gehängt; einer hielt sich am Motorwagen, der andere am Anhänger fest. Wenn ein Fahrzeug aus der entgegengesetzten Richtung kam, hielt sich der eine Radfahrer in der Lücke zwischen Motorwagen und Anhänger und der andere hinter dem Anhänger auf. Bei einem solchen Ausweichen geriet das Rad des Wirtschaftsassistenten Rüdiger aus Kulmkau, Kreis Wohlau, ins Rutschen, wurde vom Anhänger erfaßt und das Hinterrad des Anhängers ging dem Radfahrer über den Körper. Rüdiger erlag bald darauf den schweren Verletzungen. Auch der andere Radfahrer, ein Schlosser aus Breslau, stürzte, kam aber mit geringen Hautabwühlungen davon.

Gewitter im Februar

Heute morgen wurde Breslaus „Bürgerschaft“ durch ein heftiges Gewitter aus dem Schlaf geschreckt. Nur einige wenige waren so tief in Orpheus Bann, daß sie nichts gemerkt haben.

Eine seltene Erscheinung — mitten im Winter — ein Schneesturm legte durch die Straßen — fängt es zu blitzen und zu donnern an.

Eine alte süddeutsche Bauernregel besagt, wenn es im Januar oder Februar Gewitter gäbe, käme nachher noch starke Kälte. Ob die uralte, durch Jahrhunderte hindurch gemachte Bauernregel recht behält, bleibt abzuwarten.

Auf jeden Fall sind Wintergewitter in unserem bereits kontinentalen Klima eine große Seltenheit. Im Seeklima, an den Küsten Islands, Norwegens und Schottlands, sind sie häufiger.

Die Voruntersuchung Zeugen vernommen — Cohn als Angeklagter

Im Auftrage des hohen Reichskommissars für das preussische Kultusministerium, weilte am Montag eine Art Voruntersuchungsbehörde im Falle Cohn in Breslau. Es waren dies der im Besitz des klingenden Titels Justiziar-Universitäts-Kurator Dr. Klingelhöfer und Ministerialdirigent Dr. Haupt.

In mehrstündiger Verhandlung wurden etwa 15 Studierende als Zeugen gegen Cohn vernommen. Dann hörte man sich an, was der „Angeklagte“ selbst zu den „gegen ihn erhobenen Vorwürfe“ zu sagen hatte. Gegen Abend reiste das hohe Tribunal wieder nach Berlin ab.

Ein ungetreuer Gerichtsvollzieher

Liegnitz, 13. Februar.

In Neumarkt wurde der Gerichtsvollzieher Sch. aus Breslau unter dem Verdacht von Veruntreuungen verhaftet und ins hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Aus aller Welt

Erdbeben in Argentinien

Buenos Aires, 13. Februar.

In der Gegend von Tucuman ist ein heftiges Erdbeben verspürt worden. In Tucuman selbst wurden zahlreiche Häuser beschädigt. Unter der Bevölkerung ist eine Panik ausgebrochen. Meldungen über Verluste an Menschenleben liegen nicht vor.

Schiffsstrandung

Rostock, 13. Februar.

In der vergangenen Nacht geriet der Dampfer H. O. Ippen XI von der Ippenlinie in Stettin bei stürmischem Wetter infolge Ruderschadens vor dem Darß auf Strand. Das Schiff, das sich mit Stückgütern auf der Reise von Stettin nach Rostock befand, gilt als verloren.

Die sieben Mann starke Besatzung wurde durch ein Boot der Dampferrettungsstation in Sicherheit gebracht.

Vorsichtsmaßnahmen gegen Grippe

Rio de Janeiro, 13. Februar.

Um ein Übergreifen der europäischen Grippeepidemie nach Brasilien zu vermeiden, findet gegenwärtig in den brasilianischen Häfen eine rigorose Gesundheitskontrolle aller einlaufenden Dampfer statt. Falls Grippefälle an Bord festgestellt werden, wird sowohl die Ausschiffung von Transitspassagieren wie jeglicher Besuch an Bord verboten.

Starke Zunahme der Grippeopfer in Köln

Köln, 13. Februar.

Die Zahl der Grippeopfer belief sich in der Zeit vom 19. Januar bis zum 4. Februar auf 65 Personen.

Das tägliche Liebesdrama

Hamborn, 13. Februar.

Der Arbeiter Valentin Freytag tötete heute mittag auf offener Straße seine Geliebte, die 18jährige Antonie Kupinski, und verübte hierauf Selbstmord. Freytag hatte befürchtet, daß die Kupinski ihn verlassen werde.

Es lebe die Klassik!

Dr. Franz Ulbrich, vom Weimarer Nationaltheater, wurde zum Intendanten, der nationalistiche Schriftsteller Hans Johst zum Dramaturgen des Staatstheaters ernannt.

Donnerwetter, sie habens vollbracht! Das Staatstheater hat nach so langer Zeit wieder ein Haupt und dazu noch ein Janusköpfiges. Einen Intendanten und einen mit besonderen Vollmachten sozusagen „staatskommissarischen“ Dramaturgen.

Vom künstlerischen Standpunkt aus kann man gegen Ulbrich nur auf das Schärfste protestieren, denn mit ihm wird sicher eine endlose Aera der verstaubtesten Klassiker-aufführungen in das Staatstheater einziehen. Ulbrich hat bisher in Weimar in urältestem Hoftheaterestil gemacht. (So daß man in Fachkreisen das Weimarer Nationaltheater mit dem Namen „olle klassische Klammottenkiste“ belegt hatte.)

Und Johst? Der Mann mit den besonderen Vollmachten? Er wird Sorge dafür tragen, daß das gereinigte auf christlich-nationaler Grundlage basierende Drama seinen Einzug ins Staatstheater hält.

Es lebe die deutsche Klassik!

Das Erdbeben in China

Wir brachten gestern die Nachricht von der furchtbaren Erdbebenkatastrophe aus der chinesischen Provinz Kansu. Die Zahl der Toten steht nicht fest, da wegen der Abgeschlossenheit dieser Provinz die Meldungen erst sehr spät einliefen.

Die ersten amtlichen Berichte, die sich nur auf die engste Umgebung der Stadt Kao-ti beziehen, erklären, daß nach einer unvollständigen Uebersicht

dort allein 280 Tote und 300 Schwerverletzte, mit deren Ableben gerechnet werden muß,

gezählt worden seien. Ueber 800 Gebäude wären in diesem Bezirk vollkommen zerstört worden. Das Erdbeben habe in ungeläufig zweihundert Kilometer Umkreis von Kao-ti überall seine furchtbaren Spuren hinterlassen. Sobald es möglich sein werde, in den einzelnen Tälern genaue Nachforschungen anzustellen, würde man eine vollständige Uebersicht über die verheerenden Wirkungen des Bebens geben können.

Peking, 13. Februar.

Zur Erdbebenkatastrophe in der chinesischen Provinz Kansu wird ergänzend gemeldet:

Die Städte Pingfan und Labran mit je 11.000 Einwohnern, sollen völlig vom Erdboden verschwunden sein.

Auch die Stadt Sining soll zum größten Teil zerstört sein. Die militärischen Befestigungen bei Tating sollen vernichtet worden sein. Wie verlautet, steht die Bevölkerung völlig mittellos da und hat bisher noch keinerlei Hilfe erhalten.

Die Provinz Kansu liegt im Nordwesten Chinas, sie umfaßt 351.400 Quadratkilometer

und ist mit mehr als 11 Millionen Menschen, die das gebirgige und stark zerklüftete Land, durchschnittlich 2000-3000 Meter hoch, besiedeln, relativ dicht besiedelt. Im Norden wird die Provinz von der Mongolei - von der sie durch die Chinesische Mauer getrennt ist - im Westen von Tibet begrenzt. Das von der Katastrophe betroffene Gebiet der Provinz Kansu liegt etwa zwischen dem 35. und 40. Breitengrad und dem 100. und 105. Längengrad, südlich des Richthofen- und südöstlich des Semenov-Gebirges. Mitten durch den Katastrophengebiet fließt der Hoangho. Die Einwohner des betroffenen Gebietes sind in der Hauptsache tibetische Tsanguten und Chinesen.

Die Erdbebenwarte in Potsdam registrierte am 25. Dezember, nachmittags 3.15 Uhr, ein Erdbeben, dessen Herd etwa in der Provinz Kansu liegen mußte. Ein größeres Beben mit dem gleichen Herd wurde am 22. Mai 1927 registriert.

Riesen-Uberschwemmungen

Peking, 13. Februar. (United Press.)

Kaum ist die Nachricht über das furchtbare Erdbeben in der Provinz Kansu bekannt geworden, und schon wieder tritt eine neue Schreckensnachricht aus der Provinz Schantung ein.

Dort haben Ueberschwemmungen bereits große Strecken Landes, besonders im Bezirk von Yungkau, unter Wasser gesetzt.

Nicht weit von Yungkau haben Eisschollen, die vom Gebirge herunter gekommen sind, sich gestaut. Sie bilden einen Damm, hinter dem das Wasser immer höher und höher steigt.

Die Provinzialregierung von Schantung hat Tausende von Arbeitern eingestellt, um die bedrohten Dämme zu verstärken. Tag und Nacht wird fieberhaft gearbeitet, doch an vielen Stellen ist jede Mühe vergebens und die Wassermassen springen durch ihren gewaltigen Druck alle Hindernisse. Man befürchtet, daß mit dem Einsetzen des wärmeren Wetters und der damit verbundenen Schneeschmelze im Gebirge, die Fluten noch höher steigen und dadurch eine ungeheure Gefahr für die Provinz Schantung heraufbeschworen werden.

Geländesport schon für Schulkinder!

C.N.B. Einem Erlaß des Kommissars des Reiches für das Preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung entnimmt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes:

„Die auf die körperliche und sittliche Ertüchtigung der Jugend gerichteten Bestrebungen des Herrn Reichspräsidenten, die zur Gründung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung geführt haben, nach besten Kräften zu unterstützen ist Ehrenpflicht aller Teile des Volkes und zumal aller Staatsbehörden. In erster Linie sind auch die Schulen dazu beizuarbeiten, an dieser Aufgabe mitzuarbeiten, die nicht nur im Turnunterricht, sondern in der gesamten Erziehungsarbeit der Schule Berücksichtigung finden muß.“

Das Reichskuratorium hat als ein besonders geeignetes Mittel, seine Ziele zu erreichen, den Geländesport in den Vordergrund seines Wirkens gestellt. Der Geländesport ist ein vorzüglicher Weg, um die Jugend zu Disziplin und Kameradschaft zu erziehen und Körper und Sinne zu schulen. Um die Tätigkeit des Reichskuratoriums zu unterstützen,

werden daher die Schulen nicht nur durch eifrige Pflege der allgemeinen körperlichen und sittlichen Ausbildung die Grundlagen und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schuling im Geländesport zu schaffen haben, sondern insbesondere die Oberklassen der höheren Schulen für die männliche Jugend werden in gewissem Umfang auch eine Vorschulung auf Einzelgebieten des Geländesportes selbst ins Auge fassen können. Dazu ist es notwendig, daß vor allem die mit dem Turnunterricht betrauten Lehrer sich mit der Eigenart des Geländesportes vertraut machen und die besonderen Wege der Jugendertüchtigung aus eigener gründlicher Erfahrung kennenlernen, die der Geländesport weist, damit sie in ihrer eigenen Unterrichtspraxis das für die einzelnen Altersstufen geeignete zweckmäßig auswählen können.

Das Reichskuratorium hat sich bereit erklärt, im kommenden Sommer besondere Geländesportlehrgänge für Lehrer an höheren Schulen zu veranstalten.“

Versammlungskalender

Monistische Jugend. (Zentral) Grünstr. 14/16. Achtung! Heut, 19.30 Uhr, ist alles im Heim. Wir beginnen unsere 3 Arbeitsgemeinschaften über „Sozialismus“ mit einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Gen. Pollak über das Thema: „Kommen wir über den demokratischen Staat zum Sozialismus?“ Gäste willkommen.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H., Breslau; Lohndruck Th. Schatzky A.G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gabarrt, Breslau 5, Gartenstr. 21. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto-Nr. 102 92.

STADTTHEATER

Dienstag, 20—22.30
Abonn.-Vorst. A 11

Mister Wu

Mittwoch, 20—nach 23
Abonn.-Vorst. B 11

Fledermaus

Donnerstag, 19.30—gegen 23
Abonn.-Vorst. D 11

Die Hochzeit des Figaro

LOBETHEATER

Freitag, 20.15—22.15

Donna Diana

Lustspiel von Mozart

GERRHART-HAUPTMANN THEATER

Täglich 20.15—22

Die Wölfe

Drama von Romain Rolland

Werbt
Abonnenten!

KAUFHAUS SCHOCKEN ZWICKAU

Kleider und Mäntel für die Jugendweibe

					
9.75	15.50	19.50	17.50	19.50	24.50

32 Inseratform geschüß!

Was will die SAZ?

Prinzipien-Erklärung
Aktionsprogramm

mit einem Vorwort von Paul Frölich
brochürt 10 Pfg.
Erhältlich im Parteibüro, bei den Zeitungshändlern und Funktionären.

Der Leser der SAZ kauft bei:

ZENTRUM

Guatemala-Mischung

reinschmeckend und kräftig
unser Reklame-Kaffee, 1/4 Pfd. 0.60 Mk.
Schlesische Kaffee-Rösterei C. G. Müller
Breslau, jetzt Neue Taschenstr. 1b, gegenüb. Alkazar

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

Möbel Max Melnik
Ohiauerstr. 53/54

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche** — Überall empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Gräbischer Straße 19/21 · Bohrauer Straße 43 · Poststraße 2 · Mollkestraße 14

Richard Pusck

Ritter-Drogerie
Mossersgasse Nr. 37
DROGEN · FOTO

Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine nur bei

Cari Jos. Kessler, Inh. O. Klein
Friedrich-Wilhelmstr. 29, Klosterstr. 47
Markthalle Gartenstr. Stand 125/126,
Bismarckstr. 27.

Genossen
Beachtet
unsere
Inserate



Alleinverkauft
Alfred Schlesinger
Schmeidebrücke 13
Ganz besonders
günstige Teilzahlung
Ständige Stickschule
Eigene Reparaturwerkstatt

OSTEN

Paul Scholz Kolonialwaren
Klosterstr. 135

Bruno Sarembe
Kolonialwaren, Mühlenfabrikate, Spirituosen
Vorwerkstraße 75, Ecke Löschstraße

Erich Freitag Edeka-Geschäft · Kolonialwaren
Kari-Marx-Str. 38 Spirituosen · Weine
Tabake · 8%

SAZ-buchvertrieb
Breslau 5, Gartenstraße 21

die linke front

marxistische blätter für kultur u. politik
das neueste heft soeben erschienen
mit beiträgen von
paul frölich, heinrich brandler u. a.
preis 20 pfg.

PAUL RUDOLPH

Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße
Edeka-Laden / Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

Josef Thomas
Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2
Edeka-Geschäft :: Kolonialwaren :: Feinkost

Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft / Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

Leserinnen und Leser der SAZ!

Schneidet untenstehende
Kupons aus!
Tragt sie bei Euch!
Gebt sie
in den Geschäften ab!
Ihr unterstützt
damit Euro Zeitung und
ermöglicht Ihren Ausbau.



Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen unsere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 66 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 66 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 66 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 66 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 66 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“
---	---	---	---	---

Die Hinrichtung

Von Egon Erwin Kisch

(Fortsetzung und Schluß)

Unsere Wagen fahren durch die Franzosenstadt, am Camidrom, dem Hundertplatz vorüber, über den Sookow-Kanal. Vor einem Neubau, vor dem, wie bei Staatsgebäuden obligatorisch, zwei Steinlöwen Posten stehen, hält der Wagen. Der Sergeant geht hinein, um einen chinesischen Beamten zu holen, der die Amtshandlung leiten soll. Ist es doch eine „rein chinesische Hinrichtung“.

Entlang des Lebens

Da fährt ein toter Mann zum Tode, aber niemand weiß es, die Rikschakulis nicht, die unserer heiligen Autokolonne ausweichen, die Straßenhändler nicht, die mit langgezogenen Kehrlauten ihre Waren anbieten, die Arbeiter nicht, die mit einem halbgestöhnten, halb gesungenen Duett Lasten auf Bambusstangen tragen, nicht die, die vor dem Käfig des Goldwechslers stehen, nicht die, die sich vom Straßenbarbier den Kopf rasieren und die Ohren kitzeln lassen. Der Mann im Wagen vor uns schaut nicht aus dem Wagen. Für den, der tot zum Tode fährt, gibt es nichts mehr zu sehen.

Der Sergeant genehmigt wieder einen Schluck Whisky. „Dauert so eine Hinrichtung lang?“ frage ich ihn.

„Haben Sie denn noch keine gesehen?“ Er setzt die Taschenflasche vom Mund, erstaunt über meine Frage, denn er hat schon viele hundert Hinrichtungen mitgemacht: „Noch nicht eine einzige.“

Ich bekenne: noch nicht eine einzige.

„Nun, es kostet nicht viel Zeit. Im allgemeinen wenigstens. Wenn sich der Delinquent gleich taufen läßt, geht es schnell, aber...“

Was sagen Sie da? Ich verstehe Sie nicht... „Sagen Sie „taufen“?“

„Gewiß. Zu jeder Hinrichtung kommt ein katholischer Missionar. Manche Delinquenten wollen zuerst nichts davon hören, sich bekehren zu lassen, aber der Priester läßt nicht ab und so werden sie nervös (wörtlich: then they become nervous) und flüchten sich drein. Nur die Politischen bleiben halbstarrig. Die anderen lassen sich alle taufen.“

Die Konkurrenz der Missionare

Unmöglich! Und warum gerade ein katholischer Geistlicher? In China machen alle Arten von Religionen und Sekten einander wütendste Konkurrenz. Adventisten und Christian Scientists, Quaker und United Free Church of Scotland, Wesleyanische Methodistische und Heilsarmee kaufen Seelen, Grundstücke und militärische Geheimnisse, sie bauen Kirchen und Tankstellen, sie versprechen himmlische Seligkeit dem, der sich von ihnen versichern läßt, sie vertreten das Reich Jesu Christi und dasjenige Henry Fords auf chinesischem Boden.

Sogar buddhistische Missionare kommen in diesen jahrtausendealten Regierungsbezirk Buddhas, — japanische: Japan will sie die Rolle spielen lassen, die die christlichen Missionen für die europäisch-amerikanischen Staats- und Handelsinteressen spielen.

So viele Kirchen gibt es also, und jede führt den garantiert einzigen Weg ins Paradies, warum müssen die zum Tod Verurteilten gerade den katholischen gehen? Sagen Sie, Sergeant, warum gerade ein katholischer Missionar?

„Weiß nicht.“

Unsinn, denke ich mir, aus dem Sergeanten spricht der Whisky. Hat die Kirche ein Interesse daran, chinesische Verbrecher zwei Minuten vor der Hinrichtung für sich zu gewinnen? Unsinn.

Revolutionäre Bücherverkäufer

Weiter die Fahrt, die Läden der Händler und Handwerker entlang. An einer Straßenecke drehe ich mich nach rechts und lege wie zufällig die Hand vors Gesicht, ich möchte nicht erkannt werden. Links ist nämlich ein Antiquarier. Der Buchhändler weiß nicht — oder weiß er es? — was für Broschüren ihm seine chinesischen Stammkunden antiquarisch verkaufen? Englische, deutsche, russische. Er weiß aber, daß er jede dieser

Schriften noch am selben Tag an einen andern chinesischen Stammkunden weiterverkauft, der sie, nachdem er sie gesehen, wieder in diesem Buchladen veräußern wird. Neben der illegalen revolutionären Literatur hat er, wie alle Antiquare, chinesisch-englische und chinesisch-deutsche Wörterbücher, Lehrbücher und Grammatiken auf Lager.

Was würden meine Freunde im Buchladen sagen, wenn sie mich an der Seite eines uniformierten Sergeanten hinter einem Geländewagen dahinfahren sehen? Was würde gar die Folge für sie sein, wenn der uniformierte Sergeant an meiner Seite merken würde, daß bücherlesende, bücherkaufende Chinesen mit einem Europäer befreundet sind? Bald würden dann sie den Weg fahren, den das Polizeiauto vor uns nimmt. Es ist wahr, Bücherlesen führt zum Schafott, aber keine Bücher zu lesen ist auch noch keine Rettung, der Tote, den wir mit uns führen, geht nicht als Bücherleser auf den Richtplatz.

Wir schlängeln uns zwischen sumptigen Reisfeldern durch, vorbei an Säulen aus Stein. Auf dem Whangpoo-Platz hüben sich die Segel der Dschunken im Meereswind. Ein buntgezeichnetes Tor öffnet sich. Nicht zum erstenmal öffnet es sich einem Toten, es führt zum Gefängnis und zum Richtplatz. Mein Begleiter zeigt mir ein Reisfeld: Hier werde es geschehen. Hier wird der Tote sterben.

Vorläufig ist er noch im Polizeiwagen. Ein Tisch wird herangebracht, Kinder spielen auf Sandkästen und klettern auf Bäume, sie haben, als unser Wagen nahte, andere Kinder herangewinkt. Umständlich und ungeschickt schiebt ein Amtsfotograph sein Stativ aus-einander und stellt es auf. „Jetzt muß jeder vor und nach dem Tod fotografiert werden“, wird mir erklärt, „früher haben die Chinesen einfach einen Stellvertreter zur Hinrichtung geschickt, den Bruder oder den Sohn, oder auch nur einen Kuli, den sie dafür bezahlten, daß er sich umbringen ließ.“

Am Richtertisch hat der chinesische Beamte Platz genommen, Polizisten stehen umher, der Henker ist todsicher darunter. Auf dem Kiesweg zwischen den grünen, angenehm duftenden Rasenbeeten hält ein geschlossener Polizeiwagen und darin wartet ein Toter auf seinen Tod. Warum fängt man nicht an?

„Der Missionar ist noch nicht da.“

Der Sergeant, der Schnaps gefrühstückt hat, setzt also seinen Spaß mit mir fort, will mir, weil ich noch keine chinesische Hinrichtung mitgemacht habe, weismachen, es werde ein Missionar kommen.

Bei Gott, da kommt er!

Und da, bei Gott, rollt wirklich einer ein. Zu gleicher Zeit öffnet ein Metzger dem lachdicken Priester das Klauto, und ein Polizist dem spindeldürren Toten das Grobauto, zu gleicher Zeit steigen der Priester und der Tote aus. Auf daß er sich frei fühle, wenn er das Christentum verläßt, schnallt man Tsang Kja-Ying die Handschellen ab.

Der Priester ist ein Chineser. Er spricht chinesisch, ich weiß nicht wie er es anstellt, einem Neuling so schnell das Alte und das Neue Testament fälschlich zu machen, ihn so schnell von Buddha zu Christus zu bekehren. Tsang Kja-Ying ist zuerst erstaunt, dann unwillig, dann wütend, will nichts davon hören. Unbeirrt spricht der dicke Leberde auf den mageren Toten ein, bis dieser schließlich abschreckend sich ein Medaillon mit der Jungfrau Maria umhängen und taufen läßt. Nur soll er ein Kreuz schlagen, aber er schüttelt den Kopf, und so schlägt der Pater über den Neophyten das Große Kreuz. Inzwischen hat der Metzger die Salbenbüchse geöffnet, der Pfarrer nimmt eine Dosis, wiederum macht der Tote eine energisch abweisende Geste, er will die letzte Ordnung nicht empfangen. Na, gut. Auf Geheiß kniet er nieder und wiederholt hastig (he becomes nervous) ein Gebet, das ihm der Missionar vorspricht. Dann soll er aufstehen, er steht nicht auf.

Er steht nicht auf, er schlägt den Kopf auf den Boden, als ob es ihn zertrümmern wollte und brüllt.

„Er schreit, man soll ihn nicht solange quälen“, übersetzt mir der Sergeant spontan, „er schreit: erschießt mich doch endlich.“

Taufe und Tod

Gleich, gleich, mein Sohn, fresse dich in christlicher Geduld, alles ist bereit.

Siehe, da sitzen die Exekutionsleiter und seine Beamten unter freiem Himmel und warten schon.

Der Photograph, weniggleich ungeschickt, knipst dicht, man führt dich zu dem Platz, wo das Gras besonders heil und besonders dicht wächst, die Kinder drängen sich ganz nah heran, Vierjährige, Sechsjährige, sie haben sicherlich oft zugeguckt, doch bleibt eine Erschießung für Kinderchen immer interessant, man heißt dich niederknien.

Der Mann neben dir knallt mit dem Revolver in deinen Hinterkopf und springt zurück, damit ihn das Blut nicht bespritzt, das minutenlang im fingerdicken Strahl aus dir empor-

Goldfunde in UdSSR

Während die Gold-Ausbeute in den süd-afrikanischen Bergwerken im letzten Monat unerhöht gestiegen ist und zu einem Goldtausch an der Londoner Börse, zu einer feberhaften Hausse der Minen-Shares geführt hat, kommen aus Rußland Nachrichten über neuentdeckte große Gold-Felder. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Funde läßt sich freilich solange nicht übersehen, wie man nur auf unkontrollierbare Meldungen angewiesen ist.

Eine Sowjet-Expedition, die durch die Länder Kasakstan und Tadshikistan, sowie auch durch Gebiete Nord-Kaukasiens zog, hat neuerdings große Goldfelder entdeckt. Die Expedition zog aus, um Grabungen nach vorhistorischen Stätten vorzunehmen. Aber schon bei der ersten Grabung in Tadshikistan stieß man auf Gold. Da Tadshikistan, in Russisch-Zentralasien gelegen, ein noch heute völlig unentwickeltes Gebiet, in großen Teilen noch von Halbnomaden bewohnt ist, verheimlichte man zunächst diese Funde und ließ aus Moskau erst Verstärkung durch Flugzeuge eintreffen.

Das gesamte Goldgebiet wurde scharf abgesperrt. Einige Bauerndörfer, die sich in der Nähe befanden, löste man auf und gab den Einwohnern Boden in weitentlegenen Gebieten, um das Goldgebiet völlig isolieren zu können. Genau so ging man auch in den neuentdeckten Goldvorkommen der anderen zwei Landesteile vor. Eine Kommission aus Moskau stellte fest, daß die Goldzer-Vorkommen in Tadshikistan, Kasakstan und

Nord-Kaukasus weit größer sind, als die schon erforschten Goldgebiete in Ostsibirien.

Die nähere Lage der Goldfelder wird natürlich streng verschwiegen. In der Moskauer Öffentlichkeit weiß man nur, daß jetzt feberhaft in den Goldgebieten gearbeitet wird, und daß Abteilungen der staatlichen Polizei von Moskau aus in die Goldgebiete dirigiert wurden.

Der erste Goldtransport aus Nord-Kaukasus ist in Moskau im Flugzeug eingetroffen. Der Transport des Goldes soll in Zukunft wegen des schlechten und unsicheren Eisenbahntransports in diesem Gebiet immer auf dem Luftwege geschehen. Es wird sogar geplant, die Kleinluftschiffe der Sowjet-Luftflotte in den Dienst der Goldtransporte zu stellen.

Die in Moskau sofort angestellten Untersuchungen der Goldzer haben ergeben, daß das Gold wertvoller als das ostsibirische ist. Die Professoren, die ganz zufällig bei archäologischen Studien die Goldfelder entdeckt hatten, werden von der Staatsbank mit großzügigen Geldspenden belohnt. Die Namen der Wissenschaftler dürfen aber in der Öffentlichkeit nicht genannt werden, weil sie die einzigen unter den Nichtbeamten der Staatsbank sind, die den genauen Platz der Goldfelder kennen. Am Ort der Goldfunde selbst arbeiten heute die zuverlässigsten Angestellten und Beamten unter strengster Kontrolle, und solange die Sicherung und genaue Abgrenzung der Goldgebiete dauert, darf keiner dieser Leute in Verbindung mit der Außenwelt kommen.

schleift, während die Tsang Kja-Ying, was unklar ist, vom Boden des Klautos her, als wollest du die Boden erbeben. Post blüht du deinen Wahnreden, auf den du dich geworfen.

Du wachst dich langsam, daß man dich von ihm loszureißen versucht, dich umwerfen, einen Stein unter deinem Kopf legt, um dich zu photographieren, zum letztenmal. Turcheliche Augen, ein lebendiges, blicktes, ungeschickliches Gesicht, aber du der Linse.

So ist das also. Ich fahre nach Hause, das Ufer des Whangpoo entlang und durch den Stadteil Nantao, an Dschunken mit gebühnten Segeln, an den Funden der revolutionären Buchhandlung vorbei, an Handlern und Handwerkern, an Rikschakulis und Bettlern vorbei, alle sehen tot aus. So wie sie sah Tsang Kja-Ying aus, als er noch tot war, sich wie ein Irlich bewegte, seine letzte Mahlzeit als vor Gericht redete und auf dem Richtplatz kniete, ein christliches Gebet nachsprach und in den Kopf geschossen wurde.

Jetzt fährt er lebendig vor mir her, läuft an mir vorbei, sitzt, immer der einzige Lebendige, an der Statuette, sein Blut steigt hoch, sein Körper ringt, seine Augen sind aufgerissen, sein Gesicht gerötet.

5 1/2 Jahre Gefängnis für Abtreibungen

Noch fünfjährige Verhandlung verurteilte gestern das Schwurgericht II den 47jährigen praktischen Arzt Dr. Albrecht Meyenberg wegen gewerbsmäßiger Abtreibung in Tateinheit mit zwei Fällen von fahrlässiger Tötung zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte Totschlag für vorliegend angesehen und zehn Jahre Zuchthaus beantragt.

Die Urteilsbegründung erklärt, warum das Gericht zu dieser für einen Abtreibungsprozess ungewöhnlich hohen Strafe gekommen ist. Das Gericht sah als festgestellt an, daß Meyenberg keine Berechtigung gehabt hat, sich als Frauenarzt zu bezeichnen. Die „Klinik“ des Angeklagten, in der Sprech- und Operationszimmer eins waren, habe alle Voraussetzungen für eine nachgemessene Behandlung fehlen lassen. In der Hebamme Palm habe Meyenberg eine Helferin gehabt, die ihm Patientinnen zutrieb. Die beiden vom Gericht festgestellten Todesfälle seien von ungewöhnlicher Tragik. In dem einen Fall habe ein junges Mädchen infolge unsachgemäßer Behandlung eine eitrige Bauchfellentzündung bekommen. Trotzdem habe Meyenberg

die Kranke vier Tage bei sich behalten, um sie erst als Halbtote schließlich ins Krankenhaus zu schaffen.

In dem zweiten Fall, der mit dem Tode eines Mädchens endete, hätte Meyenberg genau so gewissenlos gehandelt. Das Mädchen habe sich von der Hebamme Palm einreden lassen, daß eine Entbindung für sie lebensgefährlich sei. So ging das Mädchen, das sich auf das Kind gefreut hatte, schließlich zu Meyenberg. Nach der Behandlung habe Meyenberg zugelassen, daß die Kranke gleich wieder im Auto nach ihrem Heimatort Forst fuhr. Dort ist das Mädchen gestorben.

Die entscheidende Wendung in dem Verfahren brachten gestern die Gutachten der medizinischen Sachverständigen, die geradezu vernichtend waren. Besonders scharf äußerte sich Professor Liepmann, der erklärte, daß die zur Anklage stehenden Vorgänge das Entsetzlichste gewesen seien, was er je erlebt habe. Selbst die von der Verteidigung geladenen Sachverständigen gaben an, daß die Erklärungen des Angeklagten über die einzelnen Krankheitsvorgänge medizinisch unmöglich seien.

Das Gericht war jedoch der Auffassung, daß die schweren Vergehen des Arztes im wesentlichen auf seine Entschlossenheit, Angst und Verwirrung zurückzuführen gewesen sind. Aus diesem Grunde wurde von der Verhängung einer Zuchthausstrafe Abstand genommen, was nur möglich war, indem man Meyenberg mildernde Umstände zubilligte. So kam es zu der für gewerbsmäßige Abtreibung zulässigen Höchststrafe von fünf Jahren. Für einen Betrugsfall wurde auf eine Strafe von einem Jahr Gefängnis erkannt, wobei beide Strafen zu einer Gesamtstrafe von fünfeinhalb Jahren Gefängnis zusammengezogen wurden. Der Betrag bestand darin, daß Meyenberg auf Bitten einer Patientin deren reichem Freunde erklärt habe, das Mädchen sei schwanger. Für den selbstverständlich gar nicht vorgenommenen Eingriff ließ sich Meyenberg 200 RM zahlen.

Marcia Reale

Novelle von Andreas Latzko

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by

M. Latzko Verlag Berlin

Grausam mißbrauchte der Setzer seine geistige Ueberlegenheit, reizte den Leinenweber zu immer plumperen Gegenstößen, bis sie endlich dabei angelangt waren, sich gegenseitig vorzuwerfen, daß jeder in der Heimat des andern, bei den Feinden, bei den „Hasen“, den „Hosentatschensiegern“ Zuflucht gesucht hatte vor den eigenen Landsleuten. Keifend wiederholte Pasquali seine Frage an den Setzer, warum er in dieses Land herübergekommen sei, bis dem Herausgeforderten endlich die Geduld riß und er zur tödlichen Entgegnung ausholte. Für eine Sekunde scheute er selbst zurück vor der Wucht des Schloßes, dann verstaumte jedes Bedenken, und die Antwort sauste nieder: er sei nur der Mädchen wegen zurückgekehrt, weil sie in diesem Lande alle leicht zu haben seien, man brauche nur danach zu greifen.

Schon während er sprach, fühlte der Setzer die Ernüchterung eisig durch sein Blut krieseln. Am liebsten hätte er den Ausspruch

gleich widerrufen, irgendwie gemildert oder eingeschränkt, aber er hatte keine Zeit, sah Pasquali Brot und Speck von sich schleudern, mit aufgesperrtem Munde, gurgelnd, als hätte der Zorn seine Zunge gelähmt, vorstürzen, das Messer hoch in der Hand.

„Cresce!“ wollte er warnend rufen, brachte aber nur die erste Silbe des Namens über die Lippen, dann fiel er nieder, einen kalten, stechenden Schmerz in der Brust.

Pasquali stand einen Augenblick hoch aufgereckt, erlöst von der drohenden Wut. Er atmete erleichtert, als wäre er lange unter Wasser geschwommen, dann wurde es langsam hell um ihn, und — er sah — schrie auf, wehklagend, plötzlich ganz allein mit sich und seiner Tat.

Die lahnenschwinkende Menge, die ihn gehoben, befehligte und vor sich hergeschoben hatte, wo war sie? ... Spurlos verfloren der Rausch in ihm und um ihn, — verstümmt die bausende Zustimmung, die mit der Kraft einer ganzen Volksgemeinschaft seine Stimme, seine Muskeln, sein Blut geschwellt hatte! — Ein unbeholfener, obdachloser Landstreicher stand er mütterseelenallein über den zuckenden Leib seines einzigen Freundes gebeugt, das blutige Messer in der verkrüppelten Hand.

Erst die Finger ... und nun auch den Bruder! — Pasquali sah den Alter nicht mehr, nur das Opfer lag da und krümmte sich, ein armer, stellungloser Setzer, verstümmelt und

verstoßen wie er selbst. Wofür ... warum hatten sie sich verfeindet? ... Er begriff nicht, welcher Haß eben noch in ihm getobt hatte? Der kluge, hilfreiche Führer, seine einzige Stütze, sah auf der Erde, den Kopf müde vornüber geneigt, als lauschte er neugierig dem Gurgeln des Blutes, das statt der Luft in seine Lungen strömte bei jedem Atemzug.

„Habe ich dir weh getan, Freund?“ jammerte Pasquali und griff ratlos um sich, als könnte zwischen den leeren Oelfässern Verbindung herumlügen. „Koram, komm“, bettelte er, „wir wollen zum Arzt! ... Habe ich dir denn so weh getan, Freund!“

Vergebens bemühte er sich, den Setzer auf die Füße zu stellen, bleischwer lehnte sich der zitternde Oberkörper des Verwundeten gegen seine Knie, die Hände fielen wie leblos nieder, wenn er sie losließ — keine Antwort kam auf seine flehenden Fragen, ein einziges Mal nur hob der Sterbende mühsam den Kopf, mit einer ängstlichen, entsagenden Fräurigkeit in dem einzigen Auge, das schon anfang gläsern zu werden wie das andere.

Verzweifelt krallte sich der unglückliche Leinenweber in den torkelnden Körper rüttelte ihn, wollte ihn festhalten, — riß sich selbst den Rock vom Leibe, rollte ihn zusammen und ließ den Röchelnden langsam zurücksinken auf dieses Kissen.

„Gleich! ... gleich hole ich Hilfe, halte dich nur!“ beschwor er den Freund, sprang

einige Schritte weit fort und erschrocken wieder zurück, weil der Sterbende den Kopf schon zur Seite legte, die weißen Lippen wie zum Auslöschen einer Flamme gespritzt.

Pasquali tobte, er schrie: „Warte doch ... so warte doch nur!“ ... Aber seine Stimme prallte ab von der ehernen Mauer, die der Tod um seine Beute türmte, das Röcheln nahm Besitz von dem sich bäumenden Leib — das sehende Auge kehrte sich nach innen, wandte sein lebloses Weiß gegen das Licht — nur das tote Glas leuchtete immer noch mit treuerziger Bläue aus dem erstarrten, wächsernen Antlitz.

Linker Hand flatterte bunt die Stadt, rechts schwoh blau das Meer dem blauen Himmel entgegen, — in der Mitte stand Pasquali allein neben der Leiche und blickte wie er sich. Er wollte rufen, aber es fiel ihm kein Wort und kein Name ein, er fühlte, daß er niemand mehr hatte, und stürzte nieder neben dem Toten, wie zermalmt von der ungeheuren Last der Einsamkeit, die er nun ungeteilt, ganz allein zu tragen hatte.

Ende

Bei Grippe- und Erkältungsgefahr hat sich das öftere Gurgeln mit Chlorobrom-Äthylwasser zum Schutze der Atmungsorgane bestens bewährt. Verschaffen Sie es, — Flasche 1 RM. — und Sie werden aus Ueberzeugung häufiger Verbraucher.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen

Anweisung des Vorstandes an die Funktionäre der SAPD für die Vorbereitung zu den Kommunalwahlen am 12. März 1933

Werte Genossen!

Am 12. März 1933 finden die Wahlen zu den Provinziallandtagen, den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und den Gemeindevertretungen in ganz Preußen statt. Rein politisch empfiehlt sich für unsere Genossen in den Bezirksorganisationen und Ortsverbänden folgendes Vorgehen:

Überall wird zunächst der Versuch gemacht werden müssen, eine proletarische Einheitsliste mit der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei zusammen aufzustellen. Das wird aber in einigen kleinen Ortsgruppen, in denen die Organisationen von SPD und KPD schwach sind, kaum möglich sein. In manchen Ortsgruppen wird sich auch die Möglichkeit ergeben, mit SPD oder KPD eine Einheitsliste aufzustellen, während die andere Partei sich an der Bildung einer Einheitsfront nicht beteiligt. Ob es günstig für uns ist, mit nur einer Partei eine Einheitsliste zu machen, ist nur örtlich zu entscheiden. Soweit jedenfalls Einheitslisten zustandekommen, müssen unsere Genossen dafür sorgen, daß die SAP dabei nicht zu kurz kommt, d. h., daß unsere Kandidaten in ausreichender, unserer Stärke entsprechender Zahl an aussichtsreicher Stelle der Liste erscheinen.

In den meisten Fällen wird es nicht möglich sein, eine Einheitsliste aufzustellen. Die Genossen werden dann, soweit auch nur die schwächste organisatorische Möglichkeit dafür vorhanden ist, eine eigene Liste der SAP einreichen müssen. Das gilt insbesondere für die Wahl zu den Gemeindevertretungen. Aber auch bei den Wahlen zu den Kreistagen und den Provinziallandtagen ist eigenes Vorgehen notwendig. Eine eigene Liste für die Provinz und Kreis wird in den meisten Fällen unseren kommunalen Wahlkampf unterstützen.

Eine Listenverbindung getrennter Listen ist bei den Wahlen zur Gemeindevertretung der Stadtverordnetenversammlung und dem Kreistage nicht möglich. Dagegen ist Listenverbindung für die Wahlen zum Provinziallandtag möglich (§ 51 der Wahlordnung für die Wahl zu den Provinziallandtagen). Die Verbindungserklärung muß von der Mehrheit der Einreicher der Liste abgegeben werden. Es wird also, soweit eigene Provinziallandtagslisten eingereicht werden, auch wieder Verbindung mit SPD und KPD aufgenommen werden müssen, um evtl. eine Listenverbindung zu erreichen.

Alles Ubrige über den technischen Hergang der Wahlen ergeben die einzelnen Anlagen.

Kampfbereit!

Vorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Die Wahlvorschläge müssen nach folgendem Formular gestaltet werden:

Provinziallandtagswahl

Bezirkswahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands für den Wahlbezirk zu dem am 12. März 1933 stattfindenden Wahl zum Provinziallandtag der Provinz

Kennwort: „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.“

1. Bewerber:

Vor- und Zuname: Beruf: Wohnung:

1. (Die Zahl der Bewerber ist unbeschränkt)

2. Vorstehender Wahlvorschlag wird von folgenden Wahlberechtigten unterstützt:

Vor- und Zuname: Beruf: Wohnung:

Erforderlich sind mindestens 10 Unterschriften von Wahlberechtigten, die in der Provinz ihren Wohnsitz haben. — Es ist zu empfehlen, mehr als 10 Unterschriften zu nehmen.)

3. Folgende schriftliche Erklärung muß jeder Bewerber einreichen:

„Ich erkläre mich mit meiner Aufstellung als Bewerber für die am 12. März 1933 stattfindende Wahl zum Provinziallandtag der Provinz auf dem Bezirkswahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands für den Wahlbezirk einverstanden.“

(Unterschrift, Beruf, Wohnung)

4. Bescheinigung des Gemeindevorstandes über die Wahlbarkeit für jeden Bewerber:

„Es wird bescheinigt, daß der (Name), wohnhaft zu (Name), am 12. März 1933 das 25. Lebensjahr vollendet hat, Reichsangehöriger ist, seinen Wohnsitz im Gebiete der Provinz hat und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist.“

5. Bescheinigung des Gemeindevorstandes: „Die Unterzeichner dieses Wahlvorschlages sind in die Wählerliste eingetragen.“

6. Unter den Unterzeichnern des Wahlvorschlages muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter des Vertrauensmannes angegeben werden.

Folgendes ist bei den Provinziallandtagswahlen noch zu beachten:

Die Provinz wird in Wahlkreise zerlegt, die Wahlbezirke entsprechen im allgemeinen den politischen Kreisen. Auskunft erteilt die Provinzialverwaltung. Die Wahlvorschläge sind für alle Wahlbezirke gesondert auf-

zustellen. Sie müssen aber alle bei dem sogenannten Provinzialwahlleiter eingereicht werden. Der Provinzialwahlleiter wird im allgemeinen ein Beamter der Verwaltung des Landeshauptmanns der betr. Provinz sein. Es ist zu empfehlen, daß die Genossen denselben Wahlvorschlag für alle Wahlbezirke einer Provinz aufstellen und für jeden Wahlbezirk gesondert an denselben Provinzialwahlleiter einreichen. Jeder dieser Wahlvorschläge muß gesondert zehn Unterschriften tragen, es können aber immer dieselben Unterschriften sein, die unter den einzelnen Wahlvorschlägen stehen. Sämtliche Wahlvorschläge einer Provinz mit demselben Kennwort „Sozialistische Arbeiterpartei

Deutschlands“ gelten ohne besondere Verbindungserklärung als miteinander innerhalb der Provinz verbunden.

Frist

Die Wahlvorschläge müssen nach den jetzt geltenden Bestimmungen bis zum 19. Februar 1933 spätestens beim Provinzialwahlleiter eingereicht sein. Es ist möglich, daß die Frist noch verkürzt wird, — die Genossen tun aber gut, sich an diese Frist zu halten.

Anweisungen über Kreistags- und Gemeindevahlen erfolgen morgen.

Gewerkschaftliche Einheitsfront

Angebot der RGO an den ADGB-Ortsausschuß Berlin

In der „Welt am Abend“ vom 13. Februar wird gemeldet:

„Die roten Verbände der Metallarbeiter und Bauarbeiter haben einen wichtigen Schritt zur Herstellung der Einheitsfront unternommen. Sie richteten am Sonntag Schreiben an die Ortsvorstände des ADGB, sowie an die Ortsvorstände des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Baugewerksbundes, sowie der übrigen baugewerblichen Verbände.

Auch der Bezirksausschuß der oppositionellen Gewerkschafter hat sich an den Ortsausschuß des ADGB, Berlin, mit einem Schreiben gewandt.

In dem Schreiben wird zunächst ausgeführt, daß der faschistische Terror und die Angriffe auf die Lebenslage der werklähigen Bevölkerung es notwendig machen, trotz bestehender politischer Meinungsverschiedenheiten einen gemeinsamen Weg zu finden.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß bereits in vielen Betrieben sich die Mitglieder der Organisationen zusammengeschlossen hatten und auch bereits Erfolge hätten erzielen können. Die erste Lage erfordere jedoch umfassendere Maßnahmen. Aus diesem Grunde werden Besprechungen vorgeschlagen.

Als Grundlage dieser Besprechungen werden in den Schreiben eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen.

Zu diesen Vorschlägen gehört u. a. die sofortige Einberufung von Betriebschaftsversammlungen in den einzelnen Betrieben sowie gemeinsamer großer Erwerbslosenversammlungen. Ferner wird die Schaffung von gemeinsamen Ausschüssen in den Betrieben und Stempelstellen sowie die Bildung eines Massenselbstschutzes zur Verteidigung des Lebens und Eigentums der Arbeiter und Organisationen vorgeschlagen.

Schließlich wird noch als Grundlage der Einheitsfront eine gemeinsame Front gegen jeden Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und für die Erhaltung und den Ausbau der Tarifverträge in Vorschlag gebracht, des weiteren ein gemeinsames Eintreten für die Aufhebung der Papen-Notverordnung über die Kürzung der Erwerbslosenunterstützung und im Stadtparlament für die Auslieferung der bewilligten Kohlen und Kartoffeln an die Erwerbslosen.

Auch die roten und freigewerkschaftlichen Betriebsräte des Siemens-Kabelwerks haben einen gemeinsamen Vorschlag an den Gesamtbetriebsrat des Siemens-Konzerns gemacht, der die Einberufung einer Betriebsrätekonferenz verlangt, wo gemeinsam über die notwendigen Einheitsfrontmaßnahmen beraten werden soll.“

Wie die „W. a. A.“ berichtet, lag bis Montag Abend noch keine Antwort der Gewerkschaftsleitungen vor. Nur Ulrich, der Bevollmächtigte des D. M. V. Berlin, hätte bei der persönlichen Ueberreichung des Schreibens erklärt, daß er sich „außerstande sehe, über die in dem Brief aufgeworfenen Fragen zu verhandeln. Für derartige Verhandlungen wäre die A. D. G. B.-Leitung zuständig.“

Nach einer uns bisher nur durch WTB zu-

Achtung! Kolporteur!

Es stehen noch eine ganze Reihe Abrechnungen für Januar aus. Diese müssen umgehend übersandt, und die Abgebühren sofort auf das Postscheckkonto

Walter Geburt, Breslau 757 89

überwiesen werden, wenn der Verlag seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen soll! Alle für Februar kassierten Beträge bitten wir gleichzeitig mit zu überweisen!

Kampfbereit!

„SAZ“-Geschäftsleitung.

gegangenen Meldung nimmt der „Vorwärts“ in seiner Ausgabe vom Dienstag Morgen zu dem Angebot der RGO dahingehend Stellung, daß diese Fragen nicht örtlich, sondern nur zentral behandelt werden können, daß also die RGO ihr Angebot an den Reichs-Vorstand des ADGB richten sollte.

Dieses Abschieben von einer Instanz zur andern entspricht wirklich nicht der lebenswichtigen Dringlichkeit dieser Frage und ist hoffentlich nicht ein Manöver, um Zeit für die Ablehnung bzw. bewußter Verschleppung zu gewinnen.

Millionen Proletarier in ganz Deutschland werden den Schritt der RGO begrüßen.

Es ist dringend zu wünschen, daß die RGO-Leitung sich jetzt nicht etwa abhalten läßt, den angefangenen Schritt zu einem ganzen zu machen. Das heißt, daß sie auch das von SPD-Seite gewünschte zentrale Angebot an den ADGB macht. Andererseits mußten die Gewerkschaftsmitglieder und besonders die sozialdemokratischen Arbeiter mit aller Energie auf die obersten ADGB-Instanzen drücken, daß sie jetzt keine weiteren Ausflüchte machen, daß sie nicht etwa bei der Phrase, die Einheitsfront ist die „Eiserne Front“, wie sie noch am Sonntag in einer sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Funktionärerversammlung vom ADGB-Führer Graßmann gebraucht wurde, stehen bleiben.

Jetzt gilt es, „Eiserne Front“ und Rote Front zum sofortigen gemeinsamen Kampf zusammenzubringen.

Die Leistungen der „nationalen Konzentration“ in Großbritannien

(IGB) Als sich im Jahre 1931 in Großbritannien alle Kräfte der Reaktion zur „nationalen Regierung“ zusammenschlossen, um angeblich in einer „großen Kraftanstrengung des ganzen Landes“ die Krise zu überwinden, hielten die Vertreter der Regierung ungefähr die gleichen Reden wie man sie beim Amtsantritt der Regierung Hitler in Deutschland zu hören bekam.

Offizielle Angaben des Organs des britischen Arbeitsministeriums zeigen, was aus diesen Versprechungen geworden ist. Aus umfangreichem Zahlenmaterial geht klar hervor, daß die mit soviel Pomp angekündigten Maßnahmen der „nationalen Regierung“ nicht das geringste dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Lage zu verbessern, ja, daß auf allen Gebieten eher eine Verschlechterung eingetreten ist.

Dies gilt insbesondere für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit stieg ganz beträchtlich. Es ist ein merkbarer Rückgang des Umfangs der vorhandenen Arbeit festzustellen. Die Durchschnittszahl der in Arbeit stehenden versicherten Arbeiter sank während des Jahres 1931/32 auf einen tieferen Stand, als er je in den Jahren der Krise zu verzeichnen war! (Eine Ausnahme macht nur das Jahr 1926 wegen des in diese Zeit fallenden Generalstreiks der Bergarbeiter.) Ende 1932 standen nahezu 150 000 weniger Arbeiter in Beschäftigung als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosigkeit stieg vom Dezember 1931 bis August 1932 von 2 573 552 auf die bis jetzt nie erreichte Zahl von 2 935 873!

Wieder ein tödlicher Unglücksfall beim FAD

Der 20-jährige Erwerbslose und Arbeitsfreiwillige Julius Fillis, Gladbeck, von Beruf Schneider, ist mit einer Kipplore verunglückt und verstarb infolge innerer Verletzungen bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

(Aus der Zeitschrift „Dtsh. Arbeitsdienst“ Nr. 3, 1933.)

15 1/4 Millionen Arbeitslose in USA

Der Pressedienst des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes verbreitet eine statistische Ermittlung der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten Ende November 1932 nach der Wirtschaftszeitschrift „The Business Week“. Gegenübergestellt ist die Zahl der Beschäftigten im April 1930. Die Differenz zwischen den Beschäftigtenzahlen von 1930 und 1932 ergibt — da es keine Erwerbslosen-zählung und Arbeitsämter gibt — die genaue Zahl der Arbeitslosen. Die Aufstellung ergibt folgendes Bild:

Industrie	Beschäftigte April 1930	Arbeitslose Nov. 1932	Prozent-satz der Arbeits-lose
Landwirtschaft	10 482 000	1 786 000	17,0
Forstwirtschaft u. Fischerei	270 000	108 000	40,0
Bergbau	1 158 000	524 000	45,2
Fabrikation u. Verarb.-Industrien	14 318 000	6 618 000	46,2
Transport	4 439 000	1 684 000	38,1
Handel	7 537 000	1 613 000	21,5
Oeffentl. Dienste	1 058 000	114 000	10,8
Freie Berufe	3 426 000	363 000	10,6
Hauspersonal	4 812 000	1 692 000	35,2
Verschiedenes	1 333 000	750 000	56,1
Insgesamt	48 833 000	15 252 000	31,2

Auf die einzelnen Zweige der Industrie (vierte Zeile der obestehenden Tabelle) verteilen sich Beschäftigte und Arbeitslose wie folgt:

Industrie	Beschäftigte April 1930	Arbeitslose Nov. 1932	Prozent-satz der Arbeits-lose
Baugewerbe	2 562 000	2 057 000	80,3
Chem. Industrie	621 000	180 000	29,0
Tabakindustrie	150 000	42 000	28,0
Textilindustrie	1 975 000	537 000	27,2
Lebensmittelind.	907 000	112 000	15,6
Keram. Industrie	372 000	184 000	49,5
Eisen- u. Stahlind.	2 385 000	1 078 000	45,2
Sonstige Metallind.	332 000	138 000	41,6
Fahrzeugebau	610 000	369 000	60,5
Holzgewerbe	860 000	462 000	53,7
Lederindustrie	374 000	105 000	28,1
Papier- u. Druck-gewerbe	785 000	189 000	24,1
Sonstige Gewerbe	2 355 000	1 135 000	48,3
Insgesamt	14 318 000	6 618 000	46,2

Der besondere Wert dieser Zahlen liegt darin, daß sie zum erstenmal ein gewisses Bild von der Größe und Verteilung der Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Berufe geben, das bisher für die Vereinigten Staaten nicht vorhanden war. F. J. F.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das sehr reiche typisch hochkapitalistische Land, in dem die Masse der Bevölkerung fast völlig national eingestellt ist und wo der „Marxismus“ wie überhaupt die sozialistische Arbeiterbewegung leider eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Und doch dieselbe Not wie in Deutschland. Was sagen dazu die Nazifrauseure? Nichts, weil sie hier von jeder ihrer Phrasen durch Tatsachen Lügen gestraft werden.

Tarif-Verlängerung in Norwegen

(IGB) Die nach Beendigung des großen und langwierigen Arbeitskampfes in Norwegen im Jahre 1931 abgeschlossenen Tarifverträge enthielten alle eine Bestimmung betr. die automatische Lohnregulierung auf Grundlage der Ende 1932 vorliegenden Indexziffer der Lebenshaltungskosten. Entsprechend dieser Indexziffer hätten die Löhne um annähernd 3 Prozent herabgesetzt werden sollen. Im Laufe des Januar wurde jedoch durch Verhandlungen zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter und Unternehmer eine Vereinbarung getroffen, wonach von der Durchführung der fälligen Lohnherabsetzung Abstand genommen wird und sämtliche Verträge um ein Jahr über den festgesetzten Ablauftermin hinaus verlängert werden. Da alle in Betracht kommenden Verbände und Unternehmerorganisationen dieser Vereinbarung zugestimmt haben, ist somit in Norwegen der Lohnstandard um ein weiteres Jahr gesichert.

Frankreichs Finanzplan

Paris, 13. Februar.

WTB. Die Verabschiedung der Finanzsanierungsvorlage durch die Kammer scheint nunmehr gesichert (?) zu sein. Eine Abordnung der Linksfractionen hat sich auf ein bestimmtes Schema der „Krisensteuer“ geeinigt, mit dem die Regierung sich einverstanden erklärt. Andererseits haben die Sozialisten beschlossen, im allgemeinen der Regierung zu folgen, namentlich in der Frage der Einschränkung der Militärausgaben.

Nachdem die französische Kammer den von der Regierung gewünschten Anträgen für die Krisensteuer und auf Herabsetzung der Heeresstärke um 15 000 Mann zugestimmt hatte, wurde in der Abstimmung über den Gesamtfinanzierungsplan und das Budgetzwölftel für März die Regierungsvorlage mit 359 gegen 239 Stimmen angenommen.

Minister a. D.

Dr. Becker gestorben

Berlin, 12. Februar.

CNB. Der frühere preußische Kultusminister, Prof. Dr. Karl Heinrich Becker, ist gestern einer schweren Lungentzündung erlegen, die er sich als Folge einer verschleppten Grippe zugezogen hatte.